

9. März 2018 Info-Veranstaltung: "Bürgerparlament - Schlüssel zu mehr Demokratie"

Das Institut iWiPo hat 2017, in Zusammenarbeit mit dem Hertener Bündnis für Demokratie und im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben", zwei Workshops mit Hertener BürgerInnen organisiert, um festzustellen, wie Demokratie und demokratische Teilhabe auf der kommunalen Ebene verstanden wird.

Die Konzeptstudie „Bürgerparlament“ speist sich aus den Resultaten der vorbenannten Workshops sowie aus ähnlichen Bürgerbeteiligungsprojekten anderer Kommunen – exemplarisch die Bürgerbeteiligungsprojekte der Stadt Wuppertal – und bildet die Finalisierung unserer Bemühungen, im Rahmen des Programms „Demokratie leben“, in der politischen Bildung, für die sich das Institut in seiner Satzung verpflichtet hat.

Das Konzept "Bürgerparlament" beinhaltet ein nachhaltiges und reproduzierbares Verfahren, das die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung fördert und das Verständnis der demokratischen Teilhabe konkretisiert, indem es 10% der Wahlbevölkerung die Chance eröffnet, 12 Monate lang die Arbeit des Stadtrates kennenzulernen, in seinem Arbeitsverlauf zu begleiten und neue Impulse zu geben.

Stadträten und Verwaltungen bietet sich wiederum die Möglichkeit, Tendenzen und Meinungen in der Bevölkerung frühzeitig zu erkennen und in die Ratsarbeit einfließen zu lassen. Das „Bürgerparlament“ veredelt letztendlich die repräsentative Demokratie und vergrößert die Akzeptanz getroffener Entscheidungen im Rat.

Die Podiumsdiskussion, in der Prof. Dr. Liudger Dienel und Panagiotis Paschalis über ihre Erfahrungen berichten und den Ausblick in die Zukunft der demokratischen Teilhabe wagen, soll jedem Bürger und jeder Bürgerin die Möglichkeit bieten, Fragen zu stellen und insbesondere Teil der aktuellen und künftigen Diskussion zu werden. Noch innerhalb der Jahres 2018 werden, nicht nur in Hertener, Ratsanträge gestellt, das Verfahren "Bürgerparlament" in die Ratsarbeit und in die kommunale Selbstverwaltung einzubinden. Hierbei verweisen wir besonders eindringlich auf den Art. 21, Abs. 1 Grundgesetz: "Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit [...]" und nicht etwa "Die Parteien wirken allein [...]"!

Das "Bürgerparlament" hat weit größere Wellen als erwartet verursacht. Mit heutigem Datum kann das iWiPo 14 Anfragen (die Studie in gedruckter Form (mehr als 10.000 Exemplare), Vorträge etc.) aus dem gesamten Bundesgebiet verzeichnen, die wir, aus ökonomischen Gründen, nicht erfüllen werden können!

Das Plakat zur Veranstaltung beinhaltet zum jetzigen Zeitpunkt nicht den Verweis der Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie über

die Ministeriumskampagne „Demokratie leben!“. Die Entscheidung darüber, ob unsere Veranstaltung am 09. März 2018 gefördert wird, fällt erst am 28. Febr. 2018.

Diskussion im Glashaus

Das „Bürgerparlament“ steht am 9. März im Fokus.

Herten. (db) Pan Pawlakudis und Wilhelm Neurohr vom Hertener „Institut für Wissenschaft, politische Bildung und gesellschaftliche Praxis NRW e.V.“ (iWiPo) treiben ihr Konzept zum Thema „Bürgerparlament“ weiter voran. Am Freitag, 9. März, laden sie Bürger und Kommunalpolitiker zur Podiumsdiskussion um 18 Uhr ins Glashaus, Hermannstr. 16, ein. Über ihre Praxiserfahrungen berichten dort Prof. Dr. Luidger Dienel von der Technischen Universität Berlin und Panagiotis Paschalis, ehemaliger Dezernent der Stadt Wuppertal für Bürgerbeteiligung.

Im vergangenen Jahr hatte das iWiPo zwei Workshops im Glashaus zum Thema „Mehr Demokratie leben“ veranstaltet. Wie berichtet, formulierten die Teilnehmer damals zwei zentrale Wünsche: Mehr Bürgerbeteiligung bei bedeutenden Vorhaben in der Stadt sowie mehr Dialog zwischen Kommunalpolitikern und Bürgern.

Hertener sollen mitentscheiden

Daraufhin stellten Pawlakudis und Neurohr ihre Ideen zum Thema „Bürgerparlament und Planungszellen“ vor. Demnach sollen jedes Jahr zehn Prozent aller wahlberechtigten Hertener per Zufall aus dem Einwohnermelderegister gezogen und für zwölf Monate zum Mitma-



Professor Luidger Dienel



Panagiotis Paschalis

chen eingeladen werden. Diese rund 4500 Hertener könnten dann über Vorhaben, Anträge und Projekte mitentscheiden, die von Politik, Stadtverwaltung, Verbänden, Vereinen oder Bürgern eingebracht werden: von der Ehrenbürgerschaft bis zum Einkaufszentrum. Die Entscheidungsgrundlagen sollen zuvor von sogenannten „Planungszellen“ erarbeitet werden. Diese Planungszellen sind kleine Gruppen von bis zu 25 Menschen, die zum jeweiligen Thema ein Bürgergutachten erstellen, über das die Mitglieder des Bürgerparlaments dann freiwillig und online abstimmen sollen. Über die Einführung eines Bürgerparlaments müsste aber zunächst der Rat der Stadt Herten entscheiden. Noch in diesem Jahr, kündigt das iWiPo an, sollen Ratsanträge gestellt werden, das Ver-

fahren „Bürgerparlament“ in die Ratsarbeit einzubinden.

Das iWiPo habe inzwischen zahlreiche Anfragen aus ganz Deutschland für seine Konzeptstudie erhalten und bereits in Recklinghausen auf der Klausurtagung einer interessierten Ratsfraktion dazu referiert, so Pan Pawlakudis.

Einer der Gastredner im Glashaus, Professor Luidger Dienel, ist der Sohn des 2006 verstorbenen Professors Peter Dienel. Peter Dienel habe die „Planungszellen“ erfunden, die er als „Erlebnisurlaub für das Gemeininteresse“ bezeichnete. „Der mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Wuppertaler Professor wies damit schon in den 1970er-Jahren einen Weg für die Mitbestimmung und gegen die Politikverdrossenheit des Bürgers, da sich viele mit Grausen von der Politik abwenden, weil sie den Glauben an die Demokratie verloren haben“, erläutert Pan Pawlakudis. Und Wilhelm Neurohr ergänzt: „Das Bürgerparlament mit seinen Planungszellen wird uns zeigen, was eine stimmungswaltige, aber friedliebende Bürgerinitiative sein kann.“

INFO Podiumsdiskussion Bürgerparlament: Freitag, 9. März, 18 Uhr, Glashaus, Hermannstr. 16

STICHWORT

Das iWiPo

Das „Gemeinnützige Institut für Wissenschaft, politische Bildung und gesellschaftliche Praxis NRW e.V.“ wurde Anfang 2015 in Herten gegründet. Es versteht sich als Kommunikationsplattform für den Austausch zwischen Ge-

sellschaft, Wissenschaft und Politik. Dem Präsidium, das für fünf Jahre gewählt wird, gehören Pan Pawlakudis (Sprecher), Martina Ruhardt, Wilhelm Neurohr, Manfred Schwirke und Dr. Ulrich Brack an.

@ www.iwipo.eu



Siehe:

<http://www.iwipo.eu/veranstaltungen/foren-intern-extern/demokratie/buergerparlament-schluss-el-zu-mehr-demokratie/>

http://wilhelm-neurohr.de/site/assets/files/2098/lokal-03_03_2018_12751.png

ihre Konzept zum Thema „Bürgerparlament“ weiter voran. Am Freitag, 9. März, laden sie Bürger und Kommunalpolitiker zur Podiumsdiskussion um 18 Uhr ins Glashaus, Hermannstr. 16, ein. Über ihre Praxiserfahrungen berichten dort Prof. Dr. Luidger Dienel von der Technischen Universität Berlin und Panagiotis Paschalis, ehemaliger Dezernent der Stadt Wuppertal für Bürgerbeteiligung.

Im vergangenen Jahr hatte das iWiPo zwei Workshops im Glashaus zum Thema „Mehr Demokratie leben“ veranstaltet. Wie berichtet, formulierten die Teilnehmer damals zwei zentrale Wünsche: Mehr Bürgerbeteiligung bei bedeutenden Vorhaben in der Stadt sowie mehr Dialog zwischen Kommunalpolitikern und Bürgern.

Hertener sollen mitentscheiden

Daraufhin stellten Pawlakudis und Neurohr ihre Ideen zum Thema „Bürgerparlament und Planungszellen“ vor. Demnach sollen jedes Jahr zehn Prozent aller wahlberechtigten Hertener per Zufall aus dem Einwohnermeldeeregister gezogen und für zwölf Monate zum Mitma-



Professor Luidger Dienel



Panagiotis Paschalis

chen eingeladen werden. Diese rund 4500 Hertener könnten dann über Vorhaben, Anträge und Projekte mitentscheiden, die von Politik, Stadtverwaltung, Verbänden, Vereinen oder Bürgern eingebracht werden: von der Einkaufsbürgerschaft bis zum Einkaufszentrum. Die Entscheidungsgrundlagen sollen zuvor von sogenannten „Planungszellen“ erarbeitet werden. Diese Planungszellen sind kleine Gruppen von bis zu 25 Menschen, die zum jeweiligen Thema ein Bürgergutachten erstellen, über das die Mitglieder des Bürgerparlaments dann freiwillig und online abstimmen sollen. Über die Einführung eines Bürgerparlaments müsste aber zunächst der Rat der Stadt Herten entscheiden. Noch in diesem Jahr, kündigt das iWiPo an, sollen Ratsanträge gestellt werden, das Ver-

fahren „Bürgerparlament“ in die Ratsarbeit einzubinden.

Das iWiPo habe inzwischen zahlreiche Anfragen aus ganz Deutschland für seine Konzeptstudie erhalten und bereits in Recklinghausen auf der Klausurtagung einer interessierten Ratsfraktion dazu referiert, so Pan Pawlakudis.

Einer der Gastredner im Glashaus, Professor Luidger Dienel, ist der Sohn des 2006 verstorbenen Professors Peter Dienel. Peter Dienel habe die „Planungszellen“ erfunden, die er als „Ergebnisurlaub für das Gemeininteresse“ bezeichnete. „Der mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete Wuppertaler Professor wies damit schon in den 1970er-Jahren einen Weg für die Mitbestimmung und gegen die Politikverdrossenheit des Bürgers, da sich viele mit Grausen von der Politik abwenden, weil sie den Glauben an die Demokratie verloren haben“, erläutert Pan Pawlakudis. Und Wilhelm

STICHWORT